

Rede von Bürgermeister Dieter Dzewas zur Einbringung des Haushalts in der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 15. Januar 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
zunächst gilt mein Dank allen, die an der Erarbeitung dieses umfangreichen Zahlenwerkes mitgewirkt haben, dem Stadtkämmerer Herrn Blasweiler, Herrn Walker, Frau Schmidke und allen anderen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch der Haushalt des Jahres 2007 ist weiterhin von einem großen Defizit in Größenordnung von gut 10 Mio € im Verwaltungsteil gekennzeichnet und verlangt daher trotz der bisherigen Anstrengungen weiterhin einen klaren Konsolidierungskurs für unsere städtischen Finanzen. Die finanzielle Lage unserer städtischen Haushaltswirtschaft hat sich in 2006 glücklicherweise nicht weiter verschlechtert, aber die Aussichten für das Jahr 2007 sind keinesfalls so zu deuten, vom bisherigen restriktiven Kurs abzuweichen. Das Rechnungsergebnis des Jahres 2006 konnte durch Einnahmeverbesserungen, durch diszipliniertes Ausgabeverhalten, Aufgabenkritik und andere restriktive Maßnahmen auf ein Defizit unter 7 Mio € gedrückt werden. Dafür möchte ich mich bei allen an diesen Prozessen Beteiligten bedanken, denn ein solcher Kurs ist schwer zu vermitteln und führt zwangsläufig zu mehr Konflikten. Diesen Kurs wollen und werden wir fortsetzen und verantworten. Soviel zum Thema Übernahme von Verantwortung.

Auf Hilfe von Land oder Bund zu setzen ist völlig sinnlos, denn schon bei den zähen Verhandlungen um die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten im Bereich des SGB II für die nächsten Jahre haben deutlich gemacht, dass die ursprünglich einmal zugesagte Nettoentlastung von Sozialhilfekosten Höhe von 2,5 Milliarden € für Städte und Gemeinden durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe zum neuen SGB II nicht mehr eingehalten wird. Trotzdem ist zu begrüßen, dass die Bundesbeteiligung für 2007 um 400 Millionen € höher ist als 2006. Dies hat durchaus unmittelbar positive Folgen auch für unsere direkte Beteiligung an diesen Unterkunftskosten. Dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Herrn Dr. Articus kann ich nur beipflichten wenn er bemerkt:

„Die gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen von 2,5 Milliarden € wird jedoch nicht erreicht. Das ist schmerzlich für die Städte. Allerdings ist das Ergebnis von 4,3 Milliarden € Bundesbeteiligung gemessen an dem Ursprungsangebot des Bundes von lediglich 2 Milliarden € durchaus als Teilerfolg zu werten.“

Ein weiteres wichtiges bundespolitisches Thema, mit erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmesituation der Städte ist die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung. Dabei muss verhindert werden, dass auch bei dieser Unternehmenssteuerreform die Kommunen, wie in der Vergangenheit, das Nachsehen haben.

Positiv bleibt aber anzumerken, dass geplant ist, die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Finanzquelle, nicht abzuschaffen oder weiter zu entwerten, wie zu Beginn der Diskussion um die Unternehmenssteuerreform von interessierter Seite gefordert wurde, sondern dass diese Steuer erhalten bleibt und in ihrer Struktur verbessert werden soll.

Und nun zu möglichen Hilfen des Landes:

Nicht ohne Grund sind in NRW 197 Städte, Gemeinden und Kreise in der Haushaltssicherung und mit uns gemeinsam 117 Städte und Gemeinden in der vorläufigen Haushaltsführung.

Über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt, bei dem auf Vermögensveräußerungen und Entnahme aus der Rücklage verzichtet werden kann verfügen nur noch 32 Kommunen, das sind ganze 7,5 %.

Aus diesen Zahlen wird klar, dass sich die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Städte immer weiter vergrößert und von einer angemessenen Finanzausstattung keinesfalls gesprochen werden kann. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es keineswegs akzeptabel ist, wenn der kommunale Finanzausgleich vom Land zum Zwecke der unbestritten notwendigen Haushaltssanierung genutzt werden soll oder einseitig weitere Belastungen nach unten, das heißt an die Städte und Gemeinden weitergegeben werden.

Ich möchte hier nur einige abschreckenden Beispiele nennen, die leider keine abschließende Liste darstellen, sondern wo noch etliches hinzuzufügen wäre:

Kürzungen bei den Schülerbeförderungskosten

Abschaffung der Beteiligung des Landes an den Elternbeitragsdefiziten für Kinder in den Kindertagesstätten

Verdopplung der kommunalen Beiträge zur Investitionsförderung in Krankenhäusern

Kürzung der Weiterbildungsmittel

Herausnahme der Grunderwerbssteuer aus der Bemessungsgrundlage für das GFG (Dies ist als dauerhafte Belastung geplant)

Dies ist übrigens kein Markenzeichen der derzeitigen Landesregierung, sondern hat leider schon eine lange Tradition. Wie sich solche Maßnahmen allerdings

mit den Ankündigungen nach mehr Förderung von Familien, Kindern und Bildung vertragen, müssen sicher die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Das Land sollte wissen, dass die anerkannten großen Struktur- und damit auch Finanzprobleme in NRW sich nur mit handlungsfähigen und starken Städten,

Gemeinden und Kreisen zu bewältigen sind. Handlungsunfähige Städte können nicht zum notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung jenseits konjunktureller Entwicklungen beitragen, und genau deshalb sollte das Land NRW schon aus eigenem Interesse unsere finanziellen Spielräume erweitern und verbessern, statt den untauglichen Versuch zu unternehmen, hier durch weitere Belastungen den eigenen Haushalt zu konsolidieren.

Auch beim Kreis wurde zunächst der Versuch unternommen, den bequemsten Weg der Umlageerhöhung zu beschreiten. Hier ist es aber durch konsequente Interessenvertretung der Kommunen gelungen, das Schlimmste zu verhindern, zumal dem Kreis durch die deutlich gestiegenen Gewerbesteuerumlage schon etliches zugekommen ist. Warum man dann auf die Kreisumlageerhöhung nicht komplett verzichtet hat erschließt sich mir nicht.

Hinsichtlich unseres kommunalen Beitrag für den Aufbau der neuen Bundesländer, hat sich leider nicht geändert und deshalb verweise ich auf meine Ausführungen im vergangenen Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz unserer bisherigen eigenen Konsolidierungsanstrengungen im Rahmen des Nothaushaltsrechtes und verbesserter Einnahmesituation, ist zur Zeit keine nachhaltige Besserung in Sicht.

Auch wenn durch Sparmaßnahmen, Ansatzreduzierungen sowie die Haushaltssperre einerseits und durch verbesserte Steuereinnahmen andererseits der Fehlbetrag für 2006 sicher merklich verringert werden konnte, reicht dies noch nicht aus, um wieder in eine geordnete Haushaltswirtschaft zu kommen. Da der Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten vorschreibt, dass die Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuern bezogen auf die Gemeindegröße mindestens dem Landesdurchschnitt entsprechen sollen, wird eine entsprechende Grundsteuererhöhung um 15 % Punkte vorgeschlagen, die mit einem Aufkommen von 380 000 € in voller Höhe dem städtischen Haushalt zugute käme.

Aus dem vorliegende Entwurf wird sehr deutlich, dass die Verwaltung den Sparkurs weiter fortsetzen will und muss, aber auch die vorgeschriebenen Einnahmeverbesserungen vorsieht.

Glücklicherweise haben sich die konjunkturellen Daten verbessert und die Zahlen und die Entwicklungen vieler einheimischer Betriebe geben wieder Anlass zu Optimismus. Auch die beginnenden baulichen Erweiterungen in

einigen heimischen Produktionsbetrieben und die etwas stärkeren Nachfragen nach Gewerbegrundstücken sind positive Signale. Auch wenn immer noch in vielen Betrieben durch Umstrukturierungen Arbeitsplätze wegfallen oder den

Beschäftigten durch Beschäftigungssicherungs- oder Sanierungstarifverträgen Opfer abverlangt werden, gewinnt der Beschäftigungsaufbau auch in Lüdenscheid allmählich an Schwung. So sind aktuell für den Bereich der Stadt Lüdenscheid der Agentur für Arbeit 3577 Menschen arbeitssuchend gemeldet,

was einen Rückgang von immerhin 17,7 % gegenüber den Vorjahr bedeutet. Dies hat selbstverständlich Auswirkungen auf den Bereich des SGB II, was sich wiederum positiv auf unsere Beteiligung an den Unterkunftskosten auswirken sollte. Die Arbeit der ARGE, die ja von etlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung mitgetragen wird, trägt sicher ihren Teil zu dieser Entwicklung bei.

Auch bei den Ausbildungsplätzen geht es voran. Trotz gestiegener Bewerberzahlen, konnte allen jungen Menschen ein Angebot gemacht werden. Allerdings sind die noch zu oft Qualifizierungen, die durch Schulen und Weiterbildungsinstitutionen vermittelt werden und noch zu wenig direkte Ausbildungsstellen im dualen System. Hier müssen die Anstrengungen noch verstärkt werden, dabei hoffe ich auch auf diesem Gebiet auf eine sich weiter verbessernde Konjunktur. Leider können wir als Stadt hier nicht mehr in dem Umfang wie in der Vergangenheit unseren Beitrag leisten. Die Diskussionen und Entscheidungen um die Übernahme unserer gerade ausgebildeten, hochspezialisierten Verwaltungsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen, hat deutlich gezeigt, dass hier eine Ausbildung über den eigentlichen Bedarf nicht mehr zu verantworten ist, sondern wir uns nur noch auf die Berufe beschränken sollten, die für den allgemeinen Arbeitsmarkt geeignet sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unseren Teil zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wollen wir auch im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten leisten. Ich bin der ZGW an dieser Stelle dankbar, dass sie durch möglichst kleine Losgrößen und kleinteilige Auftragsvergabe einiges an Beschäftigungsmöglichkeiten für das heimische Handwerk schafft, zumal wir damit auch unter qualitativen und Gewährleistungsgesichtspunkten immer besser fahren als mit auswärtigen Firmen.

Im Rahmen der Flächenpolitik ist insbesondere das Projekt des gemeinsamen Gewerbegebietes mit Schalksmühle wäre zu nennen, aber sicher auch die Weiterentwicklung des Flächennutzungsplanes, um hier bei Bedarf auch schnell und passgenau auf die betrieblichen Bedürfnisse reagieren zu können.

Auch die Institute im Bereich des EGC sind auf gutem Kurs. Ich hoffe auf eine positive Standortentscheidung des DIAL für Lüdenscheid und auf die weitere Entwicklung der Phänomene. Was wir als Stadt dazu verantwortlich tun

können, haben wir angeboten. Ganz besonders erfreulich sind die vielfältigen Aktivitäten des KIMW. Hier wird verstärkt um Nachwuchs geworben, zuletzt zu

besichtigen in einer mehrtägigen Aktion in unserem Bürgerforum. Aber auch die Bemühungen zur Ansiedlung eines Studienganges Kunststofftechnik am Institut sind nur nachhaltig zu unterstützen und könnten sowohl dem Ruf der Stadt Lüdenscheid als Bildungsstandort als auch diesem für unsere Region so wichtigen Industriezweig wertvolle Impulse geben.

Die allgemeine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bietet erhebliche Chancen für unsere weitere Stadtentwicklung, ohne das dies vor allem von städtischen Investitionsmitteln getragen wird. Die Innenstadtentwicklung kann durch die Bereitschaft von Herrn Zimmermann mit dem ECE gemeinsam das Sterncenter in erheblichem Umfang qualitativ aufzuwerten und weiterzuentwickeln einen nachhaltigen Schub erhalten. Auch das wiedererwachte Investoreninteresse für den „Gänsegarten“ sollten wir als Chance begreifen und konstruktiv nutzen. Daher macht es Sinn unserer zweifelsohne knappen Investitionsmittel für den Sternplatz einzusetzen, um hier in einer konzertierten Aktion die Innenstadt attraktiver zu gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bildung und Erziehung genießen für uns als Stadt hohe Priorität. Je früher und intensiver die Bildungsangebote sind, desto besser entwickeln sich Fähigkeiten und Ergebnisse in der späteren Schullaufbahn. Ich teile hier ausdrücklich die Auffassungen unseres Bundespräsidenten Horst Köhler, der klare Worte zur Verstärkung der vorschulischen Bildungsarbeit gefunden hat. Warum wir als Städte mit diesem so überaus wichtigen Bildungsbereich so stark finanziell belastet werden, ist weder allerdings weder einsichtig noch sinnvoll. Wenn die gegenwärtige Landesregierung dann noch Zuweisungen kürzt wird, ist dies ein Schritt in die verkehrte Richtung. Und ob das für 2008 angekündigte neue Kindertagesstättengesetz hier wirklich weiter hilft, muss aufgrund des bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden.

Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren aber auch die zweifellos sinnvollen und notwendigen intensiveren Bildungsangebote für die Kinder im Vorschulalter sind eben nicht zum Nulltarif zu haben, übrigens die flächendeckende Weiterentwicklung von KiTas zu Familienzentren auch nicht und erfordern deshalb massive Unterstützung von Land und Bund . Hier benötigen wir eine andere, erheblich bessere Finanzausstattung, um den zweifellos notwendigen wachsenden Qualitätsanforderungen gerecht zu werden. Offene Ganztagschulen entwickeln sich an den verschiedenen Standorten weiter, neue kommen hinzu, so voraussichtlich im Bereich der Adolf Kolping Schule und bieten damit eine gute Ausgangsbasis für die Weiterentwicklung zu echten Ganztagschulen. Hier ist der Gesetzgeber aber gefragt, um die

Bedingungen für eine solche Weiterentwicklung, die in den erfolgreichen PISA Nationen selbstverständlich ist, zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem erarbeiteten Integrationskonzept haben wir eine gute Grundlage zur schrittweisen, praktischen Umsetzung geschaffen. Bei einem so hohen Anteil von Einwanderern in unserer Stadt kommt diesem Thema ganz besondere Bedeutung zu. Das dabei zunächst die Bereiche Bildung und Erziehung angegangen werden sollen ist logisch und richtig. Der Erwerb von Sprachkompetenz ist der entscheidende Schlüssel zur Bewältigung dieser zentrale Zukunftsaufgabe gerade auch in unserer Stadt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unser lokales Bündnis für Familie befindet sich auf einem guten und praxisorientierten Weg. In den verschiedenen Bereichen arbeiten unterschiedliche Gruppen selbstständig und wer erlebt hat, mit welchem Einsatz und mit welcher Ideenfülle z.B. die Beteiligten an den Planungsprozessen zum Sternplatz dabei waren, wird spüren, das hier einiges in positive Bewegung gekommen ist, wo wir als Verwaltung diesen Prozess sicher weiter stützen und begleiten müssen, aber doch viele Familien zu eigenem Engagement bereit sind. So werden wir auch bei der Umsetzung von praktische Schritten vor allen Dingen auf die Familien selbst setzen, um die Zukunftschancen unserer Stadt nachhaltig zu verbessern. Ähnliche positive Erfahrungen machen wir bei der Realisierung des Spielplatzkonzeptes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

breiten Raum nahm im Vorfeld zu den diesjährigen Haushaltsplanberatungen der Bereich unserer städtischen Kulturangebote ein. Schon die Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt hat sehr deutlich gemacht, dass in kaum eine Vergleichsstadt über eine ähnliche kulturelle Infrastruktur verfügt, wie die Stadt Lüdenscheid. Aber natürlich unterliegt angesichts unserer Haushaltslage auch dieser Bereich bestimmten Sparzwängen. Die Diskussion über eine mögliche Änderung der Organisationsform sollte diese Notwendigkeit bitte nicht ausblenden. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch mit weniger Mitteln eine attraktive Kulturlandschaft gestalten können ja müssen, um im Wettbewerb der Städte zu bestehen und wenn die jetzt eingeleitet, intensive Prüfung ergibt, dass andere Organisationsformen dafür geeigneter sind, als die bisherige Struktur, dann sollten wir diesen Weg beschreiten. Dies kann und darf aber niemand als Schritt aus den allgemeinen Konsolidierungsnotwendigkeiten missverstehen, sondern eher als den Versuch bei sich verknappenden Mitteln weiterhin hohe kulturelle Attraktivität zu behalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dieser vorletzte Haushaltsplanentwurf auf kameraler Basis macht deutlich, wo uns der Schuh drückt und gibt einen ungeschminkten Einblick in unsere finanzielle Notlage. Das wird sich übrigens durch die Einführung von NKF nicht in Luft auflösen, wie gelegentlich vom ein oder anderen gemutmaßte wurde, sondern nur durch ein kaufmännisch geprägtes Rechenwerk in neuer Form klar werden. Auch für die kommenden Jahre, in denen die Fortsetzung der vorläufigen Haushaltswirtschaft droht, bleibt unser Handlungsspielraum wesentlich eingeschränkt. Wir dürfen nur noch die das leisten, zu dem wir gesetzlich verpflichtet sind oder notwendige Aufgaben weiterführen. Wir haben aber auch die Grundsätze keine Schließung von Einrichtungen und keine betriebsbedingten Kündigungen beachtet, um hier die kommunale Infrastruktur nicht nachhaltig zu gefährden. Wir müssen deshalb unsere umfassende Aufgabenkritik und massiven Sparbemühungen fortsetzen, wobei das Mittel der linearen Streichungen nicht mehr überall wirksam werden kann, da die Sachmittel in manchen Bereichen auf einem Niveau angekommen sind, die bei weiteren linearen Kürzungen die Aufgabenerfüllung unmöglich machen würde. Deshalb müssen auch hier im Rahmen von Aufgabenkritik, neue Organisationsformen und die Zusammenfassung von Einheiten untersucht werden, denn dazu zwingen auch die personalwirtschaftlichen Voraussetzungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung und die sich damit verbessernden Steuereinnahmen eine positive Tendenz aufzeigen, machen allein solche völlig unbeeinflussbaren Faktoren wie Energiekostensteigerungen oder Arbeitszeitverordnungen bei der Feuerwehr, um nur willkürlich einmal zwei Beispiele zu nennen, die mühsamen Sparbemühungen in vielen Bereichen auf einen Schlag zunichte. Hier geht es dann immer gleich um hohe sechsstelligen Beträge. Um im Wettbewerb der Städte auch für die Zukunft nicht an Boden zu verlieren, müssen wir dabei trotzdem unsere Stadtentwicklung vorantreiben und dabei zunehmend auf die privaten Initiativen und Investitionen setzen. Das wir dies können belegen neuere Beispiele wie das Bürgerengagement am Vogelberg zur Schaffung eines Bolzplatzes oder die privaten Investitionen in unserer Innenstadt. Aber auch die vielfältigen Aktivitäten der Ehrenamtsbörse der verschiedenen Serviceclubs, der Fördervereine, das riesige ehrenamtliche Engagement im Sport, um nur einige wenige Facetten zu beleuchten, zeigen, dass hier eine beispielhafte Bereitschaft herrscht, sich von Bürgern für andere Bürger einzusetzen und in der Freizeit tätig zu werden.

Unsere knappen Mittel können wir nicht mehr flächendeckend einsetzen, sondern wir müssen uns auf Zukunftsschwerpunkte konzentrieren, die unsere Stadt weiterbringen. Dies sind aus meiner Sicht Wirtschaftsförderung, Familien

und Bildung. Hier liegt der ein Schlüssel zur Bewältigung des bereits absehbaren und spürbaren demografischen Wandels, hier liegt aber auch ein Schlüssel zur Bindung von mehr Menschen an den Standort Lüdenscheid, als Stadt zum Wohnen und zum Wohlfühlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir bei den vor uns liegenden Haushaltsplanberatungen der Bevölkerung unserer Stadt deutlich machen, dass auch unterschiedliche Auffassungen, wenn sie sich am Allgemeinwohl orientieren, durchaus kontrovers diskutiert werden können, ohne dabei persönlich zu verletzen oder der jeweils anderen Auffassung die grundsätzliche Berechtigung oder Ernsthaftigkeit abzusprechen. Unsere nachhaltige Finanznot sollte uns zu möglichst breit getragenen Ergebnissen führen im Sinne dessen, was Jürgen Dietrich uns in seiner Rede zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft einmal mit auf den Weg gegeben hat: “Der gemeindliche Entscheidungsprozess ist ein Prozess in dem als Ergebnis in erster Linie ein vernünftiger Kompromiss herauskommen muss, wenn die Meinungen vorab auseinander gehen. Der vernünftige Kompromiss hat eine breite Grundlage, eine breite Grundlage für Entscheidungen ist im gemeindlichen Leben wichtig.“ (Ende des Zitats) Dem möchte ich nichts mehr hinzufügen.